

Diskussion um bewaffnete Drohnen

Leserbrief an AZ/AN Ausgabe 17.12.20 S. 2 Blickpunkt "Drohnen"

"Deutschland wird am Hindukusch verteidigt" behauptet noch immer Ihr Kommentator Werner Kohlhoff in der heutigen Zeitungsausgabe, trotz des seit 19 Jahren andauernden Krieges in Afghanistan, der von den USA völkerrechtswidrig begonnen wurde. Er rühmt dabei den damaligen Verteidigungsminister Peter Struck als einen "Großen". Mit Recht weist Kohlhoff darauf hin, dass der Frieden anders zu erreichen ist als durch Krieg. Deutschland ist allerdings nicht in diesen Konflikt hineingegangen, wie er behauptet, sondern hat sich in diesen Krieg durch die USA hineinziehen lassen müssen. Die damalige Regierung unter Gerhard Schröder und Außenminister Joschka Fischer hat den Weg frei dafür gemacht, dass Deutschland sich erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg wieder an kriegerischen Handlungen beteiligt. Ohne ein Mandat der Uno wurde der unabhängige Staat Serbien 1999 von deutschen Kampfflugzeugen bombardiert mit Rückendeckung der USA. Ein Tabubruch, den Schröder selbst später öffentlich als Völkerrechtsbruch bezeichnet hat. Viele Soldatinnen und Soldaten sind seither Opfer dieser Politik geworden, die von einer Parlamentsmehrheit beschlossen worden ist, einschließlich der Stimmen der CDU.

Die "linke Ausfahrt", von der Herr Wadepuhl spricht, ist billige Rhetorik. Er will weiterfahren in Richtung Kriegs- und Rüstungspolitik. Das ist aber tatsächlich die Ausfahrt nehmen aus dem Wertesystem unserer Republik. Unsere Verfassung gebietet nach wie vor das Friedensgebot und die absolute Bindung an die allgemeinen Regeln des Völkerrechts in Artikel 25 und das Verbot der Vorbereitung und Führung eines Angriffskrieges ebenso wie die Verbreitung von Waffen zur Kriegsführung in Artikel 26.

Der verstorbene deutsche Richter am internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, Hans-Peter-Kaul, sagte in einem Interview im Rückblick auf seine 12 jährige Tätigkeit dort: "...ich bin im Laufe meines Lebens ein Pazifist geworden, der nur in absolut äußersten Notfällen den Einsatz bewaffneter militärischer Gewalt tolerieren kann. Denn sie führt automatisch zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen. Es gibt keinen Militäreinsatz ohne Verbrechen".

Klaus Kenke, Friedensbeauftragter des Kirchenkreises Jülich